

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Redaktions-
Zentrale
Riesa
Garnstr. Nr. 20.
Postfach Nr. 22

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Weihen behördlicherseits bestimmtes Blatt.

Postfachkonto
Riesa 1530.
Verlag:
Riesa Nr. 23

Nr. 87.

Donnerstag, 13. Februar 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. **Bezugspreis**, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 49 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 29 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zelttaubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Bemühter Rabatt erwünscht, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. **Geschäftsstelle:** Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenstell: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Die Weiterberatung der Younggesetze im Reichstag.

Die Younggesetze dem Außenpolitischen Ausschuss und dem Haushaltsausschuss überwiesen.

Berlin, 13. Februar. Im Reichstag wurden heute die Younggesetze dem Außenpolitischen und dem Haushaltsausschuss überwiesen. Das Haus vertagte sich dann auf Mittwoch, den 19. Februar, 4 Uhr nachmittags. Auf der Tagesordnung steht die Verlängerung der Reichstagsferien.

Abg. Berlin, 12. Februar, 12 Uhr mittags.

In der Mittwoch-Sitzung des Reichstages wurde die erste Beratung der mit dem

Youngplan

zusammenhängenden Gesetzentwürfe fortgesetzt.

Abg. Dr. Dornburg (Dem.)

weist darauf hin, daß der Youngplan nicht nur einen großen Fortschritt gegenüber der Dawesregelung, sondern auch gegenüber allen vorhergehenden Abkommen bedeute. Die Währungsfrage ist jetzt lebhaft an einem weiten Markt für deutsche Auslandsanleihen und an billigen Zinsbedingungen für Deutschland interessiert. Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich sei in diesem Zusammenhang eine Einrichtung von ganz allgemeiner Bedeutung. Der Redner schildert dann den Zustand, der bei Herbeiführung einer Daweskrise eintreten würde. Sie würde mindestens fünf Jahre dauern und mit einschneidender Wucht das Wirtschaftsleben vernichten, ohne daß irgend ein Dauererfolg erzielt werde. Wenn Deutschland dann zusammenbräche, habe es vielleicht weniger zu beklagen, aber sei auch unverhältnismäßig armer. Am Ende stünde dann vielleicht wieder ein Youngplan, aber mit Kontrollen und Sanktionen. Das sei das Rezept, das die Rechte zum Heil des Vaterlandes empfehle. Die Sanktionsklausel des Youngplans ist nicht einer Regierung Müller-Strosemann-Curtius gewidmet, sondern allerdings sehr entfernter Möglichkeit einer Diktatur Hugenberg, Hitler. Zweifellos ist der Youngplan ein Kompromiß. Er mußte danach eingerichtet werden, daß ihn auch die Parlamente der anderen Länder annehmen können. Auch unsere Gegner bleiben mit schweren Ansehenverpflichtungen gegen Amerika belastet, die jetzt auf Deutschland abgelenkt sind. Darüber hinaus tragen sie wie wir die schwere Last der Kriegsschuldigen, die mehrfach so groß ist wie in Deutschland. Diese Last trägt überall zur Wirtschaftskrise bei. Deshalb drängt die gesamte Situation zu internationaler Zusammenarbeit. Der Youngplan ist weder eine vollständige noch endgültige Lösung. Mit diesen in ihm selbst enthaltenen Einschränkungen kann Deutschland, ohne an seiner Ehrbarkeit Einbuße zu erleiden, den Plan unterschreiben. Niemand kann voraussehen, wie sich innerhalb der nächsten 33 Jahre die Verhältnisse gestalten. Ebenso wenig ist die Frage, ob der Plan durchführbar ist, heute zu beantworten. Der Redner stimmt der Auffassung des Zentrums zu, daß mindestens gleichzeitig mit dem Plan eine Ordnung der deutschen Finanzen vorgenommen werden muß. Ohne einen ausgeglichenen Etat gibt es auf die Dauer keine gesunde Währung. Die Stellungnahme der Rechten kommt keinerlei internationale Zusammenhänge und führt dazu, daß das deutsche Volk weiter verleidet. (Beifall bei den Demokraten.)

Abg. Dr. Goehlich (Christl.-Nat. Verb.):

Die Entscheidung vor der die Volksvertretung jetzt steht, ist so schwer, daß jeder Abgeordnete ernst sein Gewissen prüfen muß; ich lehne es ab, den als antinational zu bezeichnen, der anders denkt als ich. (Beifall.) Ich habe fernerezeit für den Dawesplan gestimmt. Der Youngplan unterscheidet sich von ihm vor allen Dingen darin, daß nun die Verbindlichkeit der deutschen Reparationslast mit den interalliierten Schulden an Amerika hergestellt ist, jene Verbindlichkeit, deren Berechtigung wir immer bestritten haben. Durch die Regelung, der das Parlament jetzt zustimmen soll, werden wir indirekte Schuldner der Vereinigten Staaten von Nordamerika. Das ist im Youngplan Deutschland auferlegte Last zu schwer ist, darüber besteht keine Meinungsverschiedenheit. Die Berechnung ist im Gegensatz zu der Forderung des Dawesplanes nicht erfolgt auf Grund einer Untersuchung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands, auf die wir Anspruch hätten, sondern mit Rücksicht auf die Verbindung von Reparationszahlung und interalliierten Schulden. Weil auf diese Weise die Last zu schwer geworden ist im Verhältnis zur deutschen Leistungsfähigkeit, weil dazu noch die Revisionsmöglichkeit gegenüber dem Dawesplan fehlt vermindert ist, darum lehnen wir den Youngplan ab. Sanktionsmöglichkeiten enthält dieser Plan nicht. Wenn der französische Ministerpräsident sich in dieser Frage in Meinungsverschiedenheiten mit Deutschland befindet, dann nehme ich die Partei meines Vaterlandes. (Beifall.)

Gegen das deutsch-politische Abkommen sprechen die Erfahrungen, die bisher mit den letzten Zusagen der polnischen Regierung gemacht worden sind. Dadurch würden auch die zahllosen rechtswidrigen Polen nachträglich legitimiert werden; in diesem Hause befindet sich niemand, der sich mit der polnischen Grenze abfinden würde. Von einem D'Alcorno ist auch im Youngplan nicht die Rede. Wer den Plan so auslegt, der versperrt einem guten deutschen

Ökopolitiker den Weg. Wir wollen vielmehr mit friedlichen Mitteln den Kampf um den Artikel 19 aufnehmen. Die besten politischen Köpfe sollten sich zusammensetzen und prüfen, wie wir zu einem guten Zusammenleben mit Polen kommen können. Wir können nicht einsehen, warum das Polen-Abkommen mit dem Youngplan untrennbar verknüpft sein soll.

Reichsminister Dr. Wirth:

Die Nachhaken unserer ehemaligen Gegner haben sich bei den ersten Reparationsforderungen in keiner Weise von ökonomischen Gesichtspunkten lösen lassen. Noch im Londoner Ultimatum wurde die ganz unmögliche Summe von 132 Milliarden verlangt. Darin ist eine gewisse Besserung im Laufe der Jahre unverkennbar eingetreten. Abg. Dr. Goehlich hat in sachlicher Weise auseinandergesetzt, wie der Staatskonservative Mensch den internationalen Weltkapitalismus gegenüber eine kritische Haltung einzunehmen hat. Seine Polemik könnte man in gewissem Sinne auch marxistisch nennen. Der größte Schrittmacher antikapitalistischer Denkreise waren die Tributverpflichtungen des Versailleser Vertrages und des Londoner Ultimatum. Das gilt in gewissem Umfange auch vom Youngplan, wie er vorliegt. Dieser Plan ist aber nach seinem ganzen Sinn nicht hart, wie Dr. Goehlich meint, er bedeutet auch ein elastisches System. Nach diesem Plan muß die ökonomische Einsicht triumphieren über juristische Formalien. Nach dem Gang der Verhandlungen und nach dem Wortlaut des Schriftwechsels im Haag kann ein Nichtstun Deutschlands niemals gedeutet werden, als ein Nichtwollen. Wir können heute feierlich vor der ganzen Welt erklären, daß weder ein Kollektivschuld noch irgend eine Drohung gegen uns hergeleitet werden kann aus einem Nichtkönnen Deutschlands, sondern daß dieses Nichtkönnen ausdrücklich zu begründen ist durch die Organe, die im Youngplan selbst vorgesehen sind. Wer seinem Volk nutzen will, der wird aus dem Youngplan das heraus lesen, was das deutsche Volk als Sinn, Wesen und Kern des Planes herauslesen muß. Da mußte das größte Befremden erregt werden durch den Bericht in der "Kreuzzeitung" des Grafen Westarp, in dem behauptet wird, daß zur Beitreibung der undurchführbaren Lasten Zwangsmaßnahmen zu ergreifen seien. Gerade das Gegenteil steht in diesem Plan. Wir können nach den Daager Verhandlungen mit Zug und Recht erklären, daß der Sanktionsbegriff des Versailleser Vertrages abgeschafft und ausgemildert ist. Der deutsch-nationale Abg. v. Freitagsh-Loringhoben sollte ruhig werden, wenn er sieht, mit welcher Klarheit die französischen Chauvinisten auf seine Auslegung des Youngplans fürzen, auf die Auslegung, nach der angeblich die Sanktionsmöglichkeit noch besteht. Unser Botschafter berichtet uns aus Paris, daß die französische nationale Presse den Artikel abbrudert mit dem Hinweis darauf, daß v. Freitagsh-Loringhoben deutscher Völkerrechtslehrer sei. (Hört! Hört! bei den Reg.-Parteien.)

Dieser deutsch-nationale Abgeordnete sollte solche Auslegungen lieber als Provokation des Völkerrechts in Paris lehren und nicht in Deutschland. (Abg. v. Freitagsh-Loringhoben (Dnat.) protestiert erregt, Juriste links, Gegenrufe rechts, Bärm.) Wenn der Youngplan wirklich eine Sanktionsmöglichkeit enthielte, dann würde ich meinen Freunden vom Zentrum die Ablehnung empfehlen. (Abg. v. Freitagsh-Loringhoben: "Das ist es ja, was wir wollen!") Wir bitten die Parteien und besonders die Juristen, den Vertrag im Ausschuss mit der Lupe zu prüfen. Wir haben ihn sehr kritisch geprüft und meinen, daß er Sanktionsmöglichkeiten nicht enthält. (Unruhe rechts.) Ueber ihr Volksbegehren haben wir auch im Haag uns öfter unterhalten. Wir haben aber Herrn Tardieu gesagt, wenn die Deutschnationalen in Deutschland einmal regieren sollten, so werden sie den Plan nicht zerreißen, sondern ihn besonders eifrig erfüllen. (Sehr gut bei den Reg.-Part.) Selbst Rapp ist ja sofort zu den fremden Botschaftern gelaufen. Die Entscheidung liegt jetzt beim Reichstag. Ihre Politik (nach rechts) bedeutet das Ende, unsere Politik den Fortschritt. (Beifall bei den Reg.-Parteien.)

Abg. Dr. Cuno (Dnat.):

Der Minister Dr. Wirth hat versucht, die Schuld an der katastrophalen Niederlage der deutschen Delegation im Haag auf die Opposition abzumähen. Es ist ja nicht wahr, daß erst Dr. v. Freitagsh-Loringhoben die Franzosen klug gemacht hätte, es war vielmehr der französische Ministerpräsident Tardieu, der in Paris gesagt hat, der Vertrag gelte Frankreich das Recht zum bewaffneten Einmarsch in Deutschland bei Nichterfüllung der Zahlungsverpflichtungen. Es nützt doch nichts, wenn Dr. Wirth hier im Reichstag den Sanktionsbegriff wegwischt, das hätte er im Haag tun sollen. Es ist ein Akt der Demagogie und ein Akt des Leichtsinns, wenn man durch nachträgliche Auslegungskünste versucht, eine Niederlage zu verschleiern und denjenigen die Schuld daran zuzuschreiben, die vor dem Abschluß eines beratigen Vertrages hier waren. Im Anfang seiner Ausführungen ist Dr. Wirth ebenfalls abgewandten von dem ablehnen Optimismus des Außenministers Dr. Curtius. Weitere kritische Bemerkungen in dieser Hinsicht behalte ich mir für den nächsten Tag. Wir protestieren sehr lebhaft gegen

den etwaigen Plan des Außenministers, die Ausschussberatung hinter verschlossenen Türen stattfinden zu lassen. Nein, das deutsche Volk soll erfahren, was Sie ihm antretzen wollen.

Die Vorlage ist zweifellos verfassungsgemäß, mindestens soweit es sich um das Reichsbank- und Reichsbahn-gesetz handelt. Der Reichsbankpräsident Dr. Schacht ist nicht unser Mann, aber keine Kritik an der Unterwerfungspolitik, deckt sich mit unseren Argumenten. Wir können auch in weitem Umfange die Kritik unterstreichen, die Dr. Brüning an dem Ergebnis wie an den Methoden der Daager Verhandlungen geübt hat. Schließlich verweise ich auf den Widerspruch des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Hess, der doch auch einer Regierungspartei angehört. Alle diese Zeugnisse beweisen, daß auch im Lager der Regierungsparteien die Erfüllbarkeit des Youngplans für unmöglich gehalten wird. Großes Vertrauen (siehe ich nicht in die Ueberzeugungstreue des Zentrums. Dr. Brüning versteht unter nationaler Opposition offenbar nur eine, die mit dem Zentrum steht und umfällt. (Seiterkeit.) Ja kann Ihnen (zur Mitte) nur rufen: Besonders schmerzhaft ist der Fanatismus der Erfüllungspolitik, den die Volkspartei entwickelt. Je stärker sie diesen Fanatismus zeigt, umso mehr erscheint sie dem Mann auf der Straße als die Zwangs-vollstreckerin ausländischer Kapitalistischer Interessen. Wir bedauern auch, daß die Note des deutschen Gesandten in Warschau an den polnischen Außenminister in die Form eines Privatbriefes gekleidet ist, der mit der Karte besinnt: Sehr verehrt, lieber Herr Jaleski". Der Minister antwortete mit der fahlen Karte "Gott behüte". (Hört! Hört! rechts.) Seit 1924 ist die deutsche Außenpolitik nicht weiter als eine Außenpolitik der Sozialdemokratie. (Zurufe: Die Deutschnationalen haben diese Politik ja in der Regierung mitgemacht.) Das ist eine alberne unverdächtige Lüge! (Unruhe.) Die vom Zentrum empfohlene politische Opposition des Umfalls machen wir nicht mit. Es wird die Zeit kommen, wo sie gezwungen sein werden, in gemeinsamer Politik mit uns zu erklären: Der Marxismus hat aufgehört zu regieren! (Beifall bei den Deutschnationalen.)

Abg. Heinig (Soz.):

Die Unehrlichkeit der Politik der Deutschnationalen zeigt sich darin, daß sie keinen besseren Weg als den Youngplan angeben können. Wir sind keineswegs begeistert vom Youngplan, aber es ist gar nicht zu verkennen, daß er dem bestehenden Zustand gegenüber Verbesserungen bringt. Solche Verbesserungen haben wir freilich nicht in den Bestimmungen, die Herr Dr. Schacht zugunsten des Privatkapitals in das neue Reichsbankgesetz hineingearbeitet hat. Er hat das angeblich im Interesse der ausländischen Anteilhaber getan. Dahinter verdecken sich aber zum großen Teil Deutsche, die ihr Kapital auf dem Umwege über holländische Banken in dieser Weise angelegt haben. Quanten dieser Sorte werden Dividenden ausgeschüttet, die dem Reich verloren gehen. Wir wollen doch verhindern, daß als neuer Typ der Youngplan-Gewinnler entstehen. Die Deutschnationalen dürfen nicht vom "christlichen Rein" sprechen. Sie sind gekennzeichnet durch ihr unehrliches Ja zum Dawesplan. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Kollath (Christl.-Part.):

Wie ein roter Faden zieht sich durch die Erklärungen aus der Regierungspartei das Zugeständnis, daß dieser Youngplan wirtschaftlich nicht erfüllbar sei. Nichts war so unrecht und auch politisch so falsch wie die ungeheuerliche Hebe gegen Schacht. Seine Ausführungen sind im Ausland besser verstanden worden, als in einem großen Teile der deutschen Presse. Dem Hüter der Stabilität der deutschen Währung muß ein offenes Wort erlaubt sein. Einen zweiten Verkauf unserer Währung könnte das deutsche Volk nicht ertragen. Wenn es dem Zentrum mit seinen finanzpolitischen Vorbehalten ernst wäre, dann müßte es ebenso wie wir verlangen, daß vor dem Youngplan die Finanzreform verabschiedet wird. Das Finanzprogramm der Regierung enthielt als Kernstück die Verheißung von Steuererläutungen. Diese Verheißung ist aber von führenden Sozialdemokraten selbst als unerfüllbar bei der gegenwärtigen Finanznot bezeichnet worden. Wenn aber beim Ausgange des Aktienbesitzes nach sozialdemokratischer Auffassung keine Rede sein soll vom Vorkauf oder Abbau der Soziallasten, dann würde die Hauptlast wieder auf den wertvollen Mittelstand gelegt werden. Wenn die Wirtschaft nicht rentabel ist, kann sie keine Löhne zahlen. Der Youngplan kann erst nach Erledigung der Finanzreform verabschiedet werden.

Abg. Aroenne (Christl.-Nat.-Verb.): beantragte, die Sitzung solange zu vertagen, bis die Minister wieder anwesend sind.

Vizepräsident v. Kardorff vertagt daraufhin die Sitzung um eine halbe Stunde.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung erhob

Abg. Dr. Aroenne (Christl.-Nat.-Verb.):

das Wort. Der Dawesplan, so erklärt er, war der Versuch, die Kriegsschuldigen aus der deutschen Wirtschaft zu nehmen. Der neue Plan ist als Definitivum gedacht, das unseren Gläubigern die Möglichkeit sichergestellt